

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juni 2024

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Carl Bossard: Ich schraube, also bin ich**
- **Michèle Binswanger: Smartphonefreie Schulen würden jungen Menschen helfen**
- **Jochen Krautz: Eine unheilige Allianz, die Bildung verhindert – 7 Thesen**
- **Initiativen der direkten Demokratie in Deutschland**
- **RKI-Protokolle: Immer lautere Forderungen nach Aufarbeitung der Corona-Zeit**
- **Keine deutschen Waffen nach Israel**
- **Christian Kliver: Nach UN-Urteil: Deutsche Organisationen kritisieren Rüstungsexporte nach Israel**
- **Karim Khan: UN-Strafgerichtshof: "Ungeachtet etwaiger militärischer Ziele sind die Mittel Israels kriminell"**
- **Pjotr Akopow: Europäer, hört die Signale! – USA wollen euch Krieg gegen Russland schmackhaft machen**
- **Harald Neuber: Ex-UN-Diplomat: "Die Ukrainer sind das betrogene Volk Europas"**
- **BüSo: Ukrainekrieg: Gen. a.D. Harald Kujat warnt vor "Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts"**
- **Entwürfe für Frieden in der Ukraine**
- **Pepe Escobar: Russland, Iran und China suchen eine neue globale Sicherheitsordnung**
- **Rückbesinnung auf Friedensgebot im Grundgesetz und bei Immanuel Kant**
- **Samuel Misteli: Das Rätsel von Idjwi: Weshalb herrscht auf einer Insel im Kongo Frieden, während ringsherum Krieg tobt?**

Der Mensch muss einsehen, dass seine Geschicke mit denen seiner Mitmenschen in allen Teilen der Welt eng verknüpft sind.

Editorial

*Wir beginnen diese Ausgabe mit den Stellungnahmen von Carl Bossard und Michèle Binswanger bzw. Jonathan Haidt für **Schulen** ohne Smartphones. Wie der **verfassungsgemäße Bildungsauftrag** darüber hinaus erfüllt werden kann, legt Jochen Krautz mit 7 Thesen dar. Wie grundlegend gebildete Menschen dann gesellschaftlich tätig werden können, kann in **direkt-demokratischen Initiativen** auf Landes- und Bundesebene zum Ausdruck kommen oder aber durch Befeuern der politischen und gesellschaftlichen **Aufarbeitung der Corona-Zeit**, z.B. durch die gerichtlich erzwungene Veröffentlichung der so genannten RKI-Files.*

*Hinsichtlich des **Gaza-Konflikts** gibt es verschiedene Initiativen, der Gewalt Einhalt zu gebieten: So fordern sowohl die Menschenrechtsorganisation ECCHR als auch das Berliner Verwaltungsgericht aufgrund einer Klage einer deutsch-palästinensischen Familie die **Exporte von Kriegswaffen** nach Israel zu stoppen. In einem Brief fordern auch 37 deutsche Organisationen einen sofortigen Stopp von Rüstungsexporten nach Israel. Der Chefankläger des IStGH, Karim Khan, wirft nicht nur drei Führern der Hamas, sondern auch Israels Ministerpräsidenten und seinem Verteidigungsminister **Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit** vor und hat daher Haftbefehle gegen diese beantragt. Der IGH fordert, dass Israel seine Offensive in Rafah "unverzüglich" einstellen muss.*

*Hinsichtlich des **Kriegs in der Ukraine** fordert der US-Think-Tank 'Foreign Affairs' laut Piotr Akopow einen Sieg des Westens, wozu "europäische Streitkräfte" an der ukrainischen Grenze verteidigungsbereit aufgestellt werden sollen. Dagegen kritisiert Michael von der Schulenburg, dass der Westen **alle Warnungen Moskaus ignoriert** habe und die Ukrainer das betrogene Volk Europas seien. General a.D. Kujat warnt mit Bezug auf den Ukrainekrieg vor einer **Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts**. Alfred de Zayas legt einen Entwurf für den Frieden in der Ukraine vor. Auch Brasilien und China ergreifen in diesem Sinne eine Initiative. Dass Russland, Iran und China sich auf die Entwicklung einer neuen globalen **Friedensordnung** verständigt haben, berichtet Pepe Escobar.*

*Die IPPNW fordert anlässlich des 75. Geburtstages des **Grundgesetzes** eine ehrliche Rückbesinnung auf dessen **Friedensgebot**. Mit dem Bekenntnis "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus" wendet sich ein an die Bevölkerung Russlands gerichteter Brief, den wir mitunterzeichnen können. Abschließend verlinken wir einen Bericht von der afrikanischen Insel Idjwi, wo es 300'000 Menschen schaffen, **in Frieden zu leben**, obwohl ringsherum seit vielen Jahren Krieg herrscht.*

- Carl Bossard: **Ich schraube, also bin ich**

Carl Bossard stellt fest: "Das Spielen mit dem Smartphone nimmt mittlerweile den ersten Platz unter den Aktivitäten der 6- bis 13-jährigen Kinder ein. Viele Jugendliche verbringen zwischen vier bis acht Stunden täglich im Netz. Manche sehen ihre Freundinnen und Kollegen mehr online als real. Das hat Folgen. Dazu zählen beispielsweise die Internetsucht und eine vermehrte soziale Isolation, die Abnahme von Kreativität und Empathie fürs Gegenüber sowie der Fähigkeit, geduldig auf etwas zu warten und auszuharren. Viele Kinder können kaum mehr vertieft spielen, diagnostizieren Sozialpsychologen. Die Aufmerksamkeitsspanne werde spürbar kleiner, die Unselbständigkeit nehme zu. Die digitalen Zauberinstrumente eröffnen ungeahnte kognitive Möglichkeiten, doch sie müssen an die Hände rückgekoppelt werden, sie müssen den Zugang zu realen Welten gewähren. So sagen Hirnforscher, so fordern es Lernpsychologen." Bossard, der gerade das Symposium "Perspektive Handwerk" besucht hatte, erinnert an das Buch "Ich schraube, also bin ich" von Matthew B. Crawford, in dem mit dem Satz "[Erst in der Werkstatt habe ich das Denken gelernt](#)" festgestellt wird, dass das Denken ein Abkömmling des Tuns ist.

[Carl Bossard](#), Jg. 1949, Studienabschluss in Schweizer Geschichte und Pädagogik, berufsbegleitender Abschluss als Gymnasiallehrer; Schullektor, Gründungsrektor einer Pädagogischen Hochschule, Lehrbeauftragter; Hauptinteresse an bildungspolitischen und gesellschaftlich-historischen Fragen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michèle Binswanger: **Smartphonefreie Schulen würden jungen Menschen helfen**

Michèle Binswanger macht im Zusammenhang mit der Smartphone-Nutzung junger Menschen auf die in dem [Buch "Generation Angst](#). Wie wir unsere Kinder an die virtuelle Welt verlieren und ihre psychische Gesundheit aufs Spiel setzen" dargelegte Sicht von Jonathan Haidt aufmerksam. Haidt plädiert für handyfreie Schulen. Und er meint damit nicht nur das Verbot, Geräte im Klassenzimmer zu benutzen, sondern dass sie während der gesamten Zeit, da sich die Schüler auf dem Gelände befinden, abgegeben werden müssen. Und zwar nicht nur in einzelnen Klassen. Binswanger: "[Es braucht die kollektive Einsicht, wie schädlich Smartphones und soziale Medien für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sind](#)". Und dann braucht es kollektive Handlungen: Gesetze und Regeln. So können sich Eltern etwa mit anderen Eltern bei den Handyzeiten ihrer Kinder absprechen, sodass diese gleichzeitig zu Hause am Handy sind, um nachher miteinander spielen zu gehen." Im Interview äußert Haidt die Befürchtung, "dass es den Demokratien auf lange Sicht schwerfallen könnte, sich für das digitale Zeitalter zu rüsten, während autoritäre Länder bereits davon profitieren". Gemeint ist China. Denn die Kinder, die viele Stunden am Tag mit ihrem Handy verbringen, können die Fähigkeit zu der für die Demokratie erforderlichen Selbstverwaltung nicht erlernen.

Michèle Binswanger, [Jg. 1972](#), studierte Philosophie und Germanistik, eine Schweizer Journalistin (beim "Tages-Anzeiger"), Autorin und Bloggerin. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jochen Krautz: **Eine unheilige Allianz, die Bildung verhindert – 7 Thesen**

Schon vor der Corona-Krise machte sich in den Schulen der Trend breit, dem Problem der Heterogenität der Schülerschaft durch sog. "Individualisierung" begegnen zu wollen, indem man die Klassengemeinschaft faktisch auflöst und jeden Schüler mit differenzierten Arbeitsaufträgen versorgt, die sie "selbstgesteuert" bearbeiten sollen. Dies gefährdet laut Jochen Krautz den verfassungsmäßigen Bildungsauftrag. Krautz betont, dass das Problem der Heterogenität durch eine Lehrperson dadurch gelöst werden muss, dass diese [die Schwächeren erzieherisch und](#)

[fachlich an höhere Levels herangeführt](#) – “Lernbegleiter“ belassen die Schwächeren, wo sie sind. Das Ausführen von Arbeitsaufträgen von Lernsoftware oder Arbeitsblättern alleine, diene der Anpassung, aber nicht dem selbständigen Denken und Argumentieren. Ein individuelles Selbst werde nicht durch “Individualisierung“, sondern durch sozialen Kontakt, Austausch, Widerspruch und gemeinsam zu bewältigende Herausforderungen erreicht. Dazu müsse sich die Lehrperson als ganzer Mensch einbringen, nicht nur als Verwalter von Lernprozessen. Das sei kein “Frontalunterricht“, denn dieser finde dann statt, wenn die Schüler ohne Diskussion, ohne Wahrnehmung durch eine Lehrkraft, ohne pädagogische Empathie Arbeitsblätter abarbeiten bzw. Algorithmen bedienen müssen – und dabei sich selbst überlassen bleiben. Nach Krautz wird die durch Lobbyarbeit propagierte Digitalisierung der Schulen keine pädagogischen Probleme lösen. Krautz ruft dazu auf, “pädagogische Verantwortung wahrzunehmen und wieder zu lehren, zu lernen, zu erziehen und zu bilden“ – auch wenn es anstrengend sei und Geduld brauche.

[Jochen Krautz](#), Jg. 1966, studierte Kunst, Latein und Erziehungswissenschaften, promovierte in Kunstpädagogik; von 2008 bis 2013 Professor für Kunstpädagogik und Kunstdidaktik an der Alanus-Hochschule in Alfter, seit 2013 Professor für Kunstpädagogik an der Bergischen Universität Wuppertal; seit 2010 Beiratsmitglied in der ‘Gesellschaft für Bildung und Wissen’. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Initiativen der direkten Demokratie in Deutschland

Der Verein ‘Mehr Demokratie e.V.’ hat sich mit den Regierungsfractionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag geeinigt und den Bürgerentscheid im nördlichsten Bundesland gemeinsam gesichert. Die vor einem Jahr [im Landtag beschlossenen erheblichen Einschränkungen der Bürgerentscheide werden in wesentlichen Punkten zurückgenommen](#). Die “Bauleitplanung“ ist also wieder geöffnet für Instrumente direkter Demokratie, allerdings mit höheren Quoren als “Kompromiss“. Auch die Schätzung der Kosten für ein Vorhaben ist zudem künftig erst kurz vor einem Bürgerentscheid notwendig – damit werden Verfahren beschleunigt, erschwerende Verzögerungen aufgehoben und die Verwaltung entlastet.

Darüber hinaus hat der Verein ‘Mehr Demokratie e.V.’ über 20’000 Unterschriften gesammelt und dem Bundestag übergeben, um Druck für bundesweite Volksabstimmungen zu machen. Seit 75 Jahren steht im Grundgesetz etwas von Wahlen und Abstimmungen. Vor 30 Jahren wurde darüber zum ersten Mal im Bundestag diskutiert. Vor 10 Jahren lag das Thema bei Koalitionsverhandlungen auf dem Tisch. Seither stockt die Diskussion um die [Einführung des bundesweiten Volksentscheids](#). In allen Bundesländern können Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen mitentscheiden, Bürger- oder Volksbegehren starten und Abstimmungen durchsetzen. Bis heute aber nicht auf Bundesebene. Das muss sich ändern. Wir wollen, dass der Bundestag Volksabstimmungen auf Bundesebene einführt. Die Forderung gehört wieder auf die politische Tagesordnung. Und zwar ganz nach vorn, und zwar bald.

[Mehr Demokratie e.V.](#), überparteiliche und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, tritt dafür ein, dass Bürger das Recht wahrnehmen können, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● RKI-Protokolle: Immer lautere Forderungen nach Aufarbeitung der Corona-Zeit

Die von Multipolar freigelegten RKI-Protokolle wurden zuerst von Medien kleiner und mittlerer Reichweite aufgegriffen und sind [seit dem 24.03.2024 Thema in allen großen Medien](#). Den Durchbruch brachte ein sachlicher und solide recherchierter ZDF-Bericht, der jedoch nachträglich verfälschend umgeschrieben wurde, ohne dies kenntlich zu machen und ohne die

ändernde Person zu nennen. Mit der Verfälschung wurde die Hochstufung des Risikos dem RKI nahegelegt. Der verfälschte ZDF-Beitrag wurde dann von 'Der Spiegel', der Multipolar dabei als "rechts" einstufte, und t-online.de aufgegriffen.

Die gerichtlich erzwungene Veröffentlichung der so genannten [RKI-Files befeuern auch die Debatte um eine politische und gesellschaftliche Aufarbeitung der Corona-Zeit](#). So erhob Nordrhein-Westfalens früherer Ministerpräsident Armin Laschet am 24.03.2024 entsprechende Forderungen. Auch der Wissenschaftler Hendrick Streeck forderte eine Aufarbeitung und beklagte, dass das Interesse daran bei vielen Politikern zu gering sei. Vor der Freiklage der RKI-Protokolle hatten Wolfgang Kubicki, Andrew Ullmann und Tino Sorge eine Aufarbeitung gefordert. Christian Drosten forderte Aufklärungsprozesse, wobei dabei Art und Zielsetzung nicht deutlich wurden. Der ehemalige Kanzleramtsminister Helge Braun hatte sogar politische Fehlentscheidungen eingeräumt.

Am 28.03.2024 hatte Gesundheitsminister Karl Lauterbach angekündigt, die Protokolle des Krisenstabs im RKI aus der Zeit der Corona-Krise offenzulegen. "Ich habe gestern [veranlasst, dass die Protokolle weitestgehend entschwärzt werden](#)", sagte er in einem Interview mit dem 'Deutschlandfunk'. Es solle "nicht der Hauch eines Eindrucks entstehen", das RKI verberge hier bewusst etwas, erklärte Lauterbach. Es könne sich aber herausstellen, dass Manches geschwärzt bleiben soll. Mit der ursprünglichen Entscheidung über die Schwärzung habe er nichts zu tun gehabt. Lauterbach erklärte, es habe keine politische Einflussnahme auf RKI-Entscheidungen gegeben, was nach Paul Schreyer (Multipolar) von den Protokollen widerlegt wird.

[Paul Schreyer, Jg. 1977, Autor \("Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"; "\[Wer regiert das Geld?\]\(#\)"\) und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'; Mitherausgeber des \[online-Magazins 'multipolar'\]\(#\). \(Red.\)](#)

[Inhalt](#) ↑

● Keine deutschen Waffen nach Israel

Dem Berliner Verwaltungsgericht liegt eine [Klage der Menschenrechtsorganisation ECCHR und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen](#) vor. Darin wird das Gericht aufgefordert, "Ausfuhrgenehmigungen der deutschen Bundesregierung für Waffenlieferungen nach Israel im Rahmen eines Eilverfahrens auszusetzen. Es handelt sich insbesondere um Genehmigungen für Panzerfäuste. [...] Mit den andauernden Kriegswaffenexporten verletzt die Bundesrepublik Deutschland ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen, wie sie in der Völkermordkonvention, dem Internationalen Waffenhandelsabkommen und den Genfer Konventionen niedergelegt und seitens der Bundesrepublik ratifiziert wurden." Die gemeinnützige und unabhängige Menschenrechtsorganisation ECCHR will die garantierten Rechte der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie anderen Menschenrechtsdeklarationen und nationalen Verfassungen mit juristischen Mitteln durchsetzen.

Das Berliner Verwaltungsgericht hat aufgrund einer Klage einer deutsch-palästinensischen Familie die Bundesregierung aufgefordert, darzulegen, [nach welchen Kriterien Waffenlieferungen nach Israel erfolgen](#), ohne dabei das Völkerrecht zu verletzen. "Verlangt werden eine Darstellung der bisherigen Genehmigungspraxis zugrundeliegenden Erwägungen sowie eine konkrete Stellungnahme bis zum 15. Mai 2024." Bis dahin geht das Gericht davon aus, dass bis zum Entscheid über den Eilantrag vorerst keine unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallenden Waffenlieferungen nach Israel genehmigt werden. Sollte die Bundesregierung sich nicht daran halten, droht eine "Hängeentscheidung", die solche Lieferungen untersagt.

[ECCHR](#), European Center for Constitutional and Human Rights, eine 2007 gegründete gemeinnützige und unabhängige Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Berlin, die weltweit Menschenrechte durchsetzen und Unrecht sichtbar machen will. (Red.)

[Julius Jamal](#) hat 2009 die Webseite 'Freiheitsliebe' gegründet, um "einen Ort zu schaffen, [...] an dem man sich mitteilen kann, unabhängig von Religion, Herkunft, sexueller Orientierung und Geschlecht". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Kliver: **Nach UN-Urteil: Deutsche Organisationen kritisieren Rüstungsexporte nach Israel**

In einem offenen Brief an die Bundesregierung haben 37 Organisationen und Netzwerke aus den Bereichen Entwicklung, Frieden, Menschenrechte und humanitäre Hilfe einen [sofortigen Stopp von deutschen Rüstungsexporten nach Israel gefordert](#), um den völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands nachzukommen. Die Unterzeichner des Briefes verweisen auf die Völkermordkonvention von 1948, die die Vertragsstaaten verpflichtet, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um Völkermord in einem anderen Staat so weit wie möglich zu verhindern. Die unterzeichnenden Organisationen verurteilen den brutalen Angriff der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen auf Israel am 7. Oktober vergangenen Jahres und erkennen das Recht Israels auf Selbstverteidigung an. Sie kritisieren jedoch die militärischen Maßnahmen der israelischen Regierung in Gaza, die gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht verstoßen, darunter die gezielte Bombardierung ziviler Ziele und die unverhältnismäßige Tötung von Zivilisten. Die Organisationen zeigen sich überaus besorgt über die humanitäre Krise in Gaza. Die Unterzeichner fordern einen sofortigen Waffenstillstand und die Freilassung der Geiseln. Zudem appellieren sie an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass Israel die völkerrechtswidrige Blockade des Landweges für substanzielle humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza beendet.

[Inhalt](#) ↑

- Karim Khan: **UN-Strafgerichtshof: "Ungeachtet etwaiger militärischer Ziele sind die Mittel Israels kriminell"**

Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Karim Khan, hat am 20.05.2024 mitgeteilt, dass er gegen drei Führer der Hamas und gegen Israels Premierminister und Verteidigungsminister Haftbefehle wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit dem Krieg im Gazastreifen beantragt hat. [In einer Erklärung sagte Khan](#), es gebe hinreichende Gründe für die Annahme, dass die namentlich genannten Hamas-Führer sowohl als Mittäter als auch als Vorgesetzte "die strafrechtliche Verantwortung für [...] Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit tragen", u.a. Ausrottung, Mord, Geiselnahme, Vergewaltigung. "Wir sind zu diesem Schluss gekommen, weil wir uns auf medizinische Aufzeichnungen, Video- und Dokumentationsmaterial aus dieser Zeit sowie auf Gespräche mit Opfern und Überlebenden gestützt haben. Mein Büro untersucht auch weiterhin Berichte über sexuelle Gewalt, die am 7. Oktober verübt wurde. [...] Ich wiederhole meine Forderung nach der sofortigen Freilassung aller in Israel entführten Geiseln und ihrer sicheren Rückkehr zu ihren Familien. Dies ist eine grundlegende Forderung des humanitären Völkerrechts."

Khan sagt weiter, dass er aufgrund "der von meinem Büro gesammelten und geprüften Beweise [...] hinreichende Gründe für die Annahme [habe], dass Benjamin Netanjahu, der Premierminister Israels, und Yoav Gallant, der Verteidigungsminister Israels, die strafrechtliche Verantwortung für die folgenden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit tragen, die auf dem Territorium des Staates Palästina (im Gaza-Streifen) ab mindestens dem 8. Oktober 2023 begangen wurden". Khan nennt u.a. Aushungern von Zivilisten als Methode der Kriegsführung,

vorsätzliche Tötung/Mord, vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung, Ausrottung/Mord. “Die von uns gesammelten Beweise, darunter Interviews mit Überlebenden und Augenzeugen, authentifiziertes Video-, Foto- und Audiomaterial, Satellitenbilder und Aussagen der mutmaßlichen Tätergruppe, zeigen, dass Israel die Zivilbevölkerung in allen Teilen des Gazastreifens vorsätzlich und systematisch der für das menschliche Überleben unentbehrlichen Mittel beraubt hat. [...] Die Auswirkungen des Einsatzes von Hunger als Methode der Kriegsführung, zusammen mit anderen Angriffen und kollektiven Bestrafungen gegen die Zivilbevölkerung von Gaza, sind akut, sichtbar und weithin bekannt und wurden von zahlreichen Zeugen, die von meinem Büro befragt wurden, einschließlich lokaler und internationaler Ärzte, bestätigt.” Khan betont: “Israel hat, wie alle Staaten, das Recht, Maßnahmen zum Schutz seiner Bevölkerung zu ergreifen. Dieses Recht entbindet jedoch weder Israel noch einen anderen Staat von seiner Verpflichtung, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten.” Er unterstreicht, “dass das Völkerrecht und die Gesetze des bewaffneten Konflikts für alle gelten. Kein Fußsoldat, kein Kommandeur, kein ziviler Führer – niemand – kann ungestraft handeln. Die unabhängigen Richter des Internationalen Strafgerichtshofs sind die einzigen, die darüber entscheiden können, ob die Voraussetzungen für den Erlass von Haftbefehlen erfüllt sind. Sollten sie meinen Anträgen stattgeben und die beantragten Haftbefehle ausstellen, werde ich eng mit dem Kanzler bei allen Bemühungen zusammenarbeiten, die genannten Personen festzunehmen.” Im Hinblick auf die Wirksamkeit des Völkerrechts sagt Khan: “Wir sollten uns heute über einen zentralen Punkt im Klaren sein: Wenn wir nicht unsere Bereitschaft zeigen, das Recht gleichmäßig anzuwenden, wenn es als selektiv angewandt wird, schaffen wir die Voraussetzungen für seinen Zusammenbruch.”

Am 24.05.2024 wird gemeldet, dass der IGH (Internationaler Gerichtshof) auf Antrag Südafrikas entschieden hat, dass Israel seine [Offensive in Rafah im Gaza-Streifen “unverzüglich” einstellen muss](#). Mehrere Länder haben den [Beschluss des IGH](#) begrüßt, zum Beispiel Saudi-Arabien, die Türkei, Jordanien, Ägypten und Norwegen und erwarteten eine rasche Umsetzung der IGH-Entscheidungen. Israel dagegen erklärte, es habe nicht die Absicht, der “Anordnung des antisemitischen Gerichtshofs” zu folgen. Die Palästinensische Autonomiebehörde begrüßte die IGH-Entscheidung. Lokale Medien berichteten, dass israelische Flugzeuge kurz nach der Entscheidung des IGH das Salah-al-Din-Tor, das zum Grenzübergang Rafah führt, und das überfüllte Shabura-Lager im Herzen der Stadt bombardierten. Laut dem [Bericht der Palästinensischen Rothalbmond-Gesellschaft](#) hat die komplette Schließung des Grenzübergangs Rafah am 07.05.2024 die bereits katastrophale humanitäre Lage im Gaza-Streifen weiter verschärft.

[Karim Khan](#), Jg. 1970, britischer Anwalt, war von 1997 bis 2000 Ankläger bei den UN-Tribunalen und wurde 2021 für 9 Jahre zum Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag gewählt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Pjotr Akopow: **Europäer, hört die Signale! – USA wollen euch Krieg gegen Russland schmackhaft machen**

In einem aktuellen Artikel von ‘Foreign Affairs’, der wichtigsten Strategiezeitschrift der US-amerikanischen Außenpolitik, heißt es, dass der [Kampf mit Russland um die Ukraine für den gesamten Westen von entscheidender Bedeutung](#) ist – und dass die USA gemeinsam mit Europa innerhalb des NATO-Formats alles tun müssen, um Kiew zum Sieg zu verhelfen und Putin zu stoppen, da er sonst nach der Ukraine auch Europa angreifen wird. So wird den Europäern nahegelegt, militärische “Patrouillen entlang Teilen der ukrainischen Grenze [vorzunehmen], wo keine russischen Truppen stationiert sind, wie zum Beispiel an der Schwarzmeerküste und an den Grenzen zu Weißrussland und Transnistrien. Ein mögliches russisches Ziel ist Odessa, der wichtigste Hafen der Ukraine, über den ein Großteil der Exporte des Landes abgewickelt wird.

Sollten sich russische Truppen der Stadt nähern, hätten die europäischen Streitkräfte in der Nähe das Recht, sich zu verteidigen und auf die anrückenden Soldaten zu schießen." Es wird den Europäern suggeriert, dass Russland mit dem Eintreffen europäischer Streitkräfte in der Ukraine "mit der Möglichkeit rechnen [müsste], dass eine europäische Eskalation den Krieg für Russland nicht gewinnbar machen könnte". Die Warnungen Moskaus, Atomwaffen einzusetzen, sollen die Europäer ignorieren. Sie dürfen allerdings auch nicht mit US-Unterstützung rechnen, solange sie nur Verluste außerhalb des NATO-Gebiets erleiden. Pjotr Akopow geht davon aus, dass "die europäischen Staats- und Regierungschefs, die den Ratschlag von 'Foreign Affairs' gelesen haben, [...] darin jedoch keine Anleitung zum Handeln sehen, sondern eine Bestätigung ihrer schlimmsten Befürchtungen: Die Transatlantiker in Übersee sind endgültig in eine Sackgasse geraten und wollen sich mithilfe der Köpfe ihrer europäischen Juniorpartner aus dieser herauskatapultieren."

[Inhalt ↑](#)

- **Harald Neuber: Ex-UN-Diplomat: "Die Ukrainer sind das betrogene Volk Europas"**

Der ehemalige deutsche UN-Diplomat Michael von der Schulenburg hat in einem Interview mit der Schweizer Wochenzeitung 'Weltwoche' seine Sicht auf den Ukraine-Konflikt dargelegt. Er erinnert daran, dass schon Präsident Jelzin 1997 den Eintritt der Ukraine in die NATO als dicke rote Linie bezeichnet hat. Das sei auch bei Putin so: Putin wolle in erster Linie keine Präsenz der NATO und keine ausländischen Militärbasen in der Ukraine. Seiner Meinung nach strebe er einen garantierten Zugang Russlands zum Schwarzen Meer an und die Sicherheit der prorussischen Bevölkerung in der Ukraine. Der russische Einmarsch in die Ukraine sei zwar nach der UN-Charta illegal, aber dies sei nur die halbe Wahrheit. Denn ein zentraler Aspekt der UN-Charta sei die Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten, ihre [Konflikte durch Verhandlungen zu lösen](#), um Kriege zu verhindern. Diese Verpflichtung habe der Westen trotz wiederholter Aufforderungen Russlands, über seine Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit einer möglichen NATO-Erweiterung in die Ukraine zu verhandeln, über viele Jahre hinweg ignoriert. Der Verpflichtung nach UN-Charta, im Falle eines Kriegsausbruchs sofort alles zu unternehmen, um durch Verhandlungen eine friedliche Beendigung zu erreichen, sei Russland nachgekommen und habe mit der Ukraine bereits nach einem Monat verhandelt. Allerdings habe der Westen den dadurch ausgehandelten Vertrag nicht unterstützt. Schulenburg kritisierte die EU für ihre fehlende eigenständige Position und ihre pro-amerikanische und kriegsbefürwortende Politik. Er forderte die EU auf, eine konsequente Friedenspolitik zu verfolgen und ein gesamteuropäisches Friedens- und Sicherheitssystem aufzubauen, dem auch die Ukraine und Russland angehören. Der ehemalige UN-Diplomat kritisierte die USA dafür, dass sie alle Warnungen, dass Russland auf einen Beitritt der Ukraine auch militärisch reagieren würde, ignoriert hätten. (Interview im Video, 1h17)

[Harald Neuber](#), Jg. 1978, ist Journalist, Buchautor und Kulturanthropologe, seit 2021 Chefredakteur des Internetmagazins Telepolis. Neben internationalen Konflikten befasst er sich schwerpunktmäßig mit Lateinamerika. Er lebte und arbeitete in Mexiko, Kuba und Venezuela. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **BüSo: Ukrainekrieg: Gen. a.D. Harald Kujat warnt vor "Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts"**

General a.D. Harald Kujat, ehemals Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, unterstrich am 30.05.2024 die Gefahr der aktuellen Eskalation mit den Worten: "... Inzwischen hat sich die Situation weiterentwickelt, denn die Ukraine hat mindestens [zweimal das russische Radarfrühwarnnetz gegen Angriffe mit interkontinentalstrategischen Nuklearraketen angegriffen](#): Am 23. Mai das Woronesch-System in Armawir in der Region

Krasnodar und am 27. Mai in der Region Orsk bei Orenburg. Das russische Frühwarnsystem gegen ICBM-Angriffe hat für den Ukrainekrieg keine Bedeutung. Möglicherweise erfolgt ein weiterer Angriff auf ein Frühwarnradar in der Nähe von St. Petersburg. Das Ziel dieser Angriffe ist es offensichtlich, die russische Fähigkeit einzuschränken, interkontinentalstrategische Angriffe zu erkennen und darauf zu reagieren. Die Absicht, die interkontinentalstrategischen Nuklearstreitkräfte Russlands zu destabilisieren und zu schwächen, kann man nur als das Werk verantwortungsloser Hasardeure bezeichnen. Selenskyj hat bereits im Oktober 2022 in einem Videoauftritt vor dem Lowy-Institut in Sidney gefordert, einen Einsatz von Nuklearwaffen durch Russland um jeden Preis zu verhindern, notfalls durch Präventivschläge. Sind unsere Politiker wirklich unfähig zu erkennen, dass der europäische Kontinent mutwillig einer existenziellen Gefahr ausgesetzt wird? Die europäischen Politiker taumelten 'wie Schlafwandler' in den I. Weltkrieg, der zur Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts wurde. Anscheinend sind es jetzt Inkompetenz, Ignoranz und ideologische Verengung, die es geschehen lassen, dass der Ukrainekrieg zur Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts wird.“

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Entwürfe für Frieden in der Ukraine

Da sich immer mehr die Erkenntnis durchsetzt, dass der Ukraine-Konflikt nicht militärisch gelöst werden kann, schlägt Alfred de Zayas in Anlehnung an die Vorschläge afrikanischer Führer und Pekings vor, seinem 10-Punkt-Plan zu folgen, um "das Überleben des Planeten [nicht] wegen eines innereuropäischen Streits zu riskieren". Er zitiert John F. Kennedy: "Vor allem müssen die Atommächte bei der Verteidigung ihrer eigenen lebenswichtigen Interessen solche Konfrontationen vermeiden, die einen Gegner vor die Wahl stellen, entweder einen demütigenden Rückzug oder einen Atomkrieg zu führen. Ein solcher Kurs im Atomzeitalter wäre nur ein Beweis für den Bankrott unserer Politik – oder für einen kollektiven Todeswunsch für die Welt." Ein realistisches Konzept für den Frieden dürfe nicht in die Welt vor dem 24.02.2022 zurückkehren wollen, sondern müsse eine neue Ordnung akzeptieren hinsichtlich der Krim, Donezk und Lugansk, aber auch hinsichtlich des Einflusses des globalen Südens und einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur. De Zayas geht davon aus, dass die [Rückkehr zu einer respektvollen Koexistenz](#) nicht über Kriegsverbrechergerichte, sondern nur über Versöhnung möglich ist. Er erinnert an den Westfälischen Frieden, bei dem 1648 festgelegt wurde: "Es soll auf beiden Seiten ein ewiges Schuldbekenntnis, eine Amnestie oder eine Begnadigung für alles, was begangen worden ist, gelten [...] in der Weise, dass keine Körperschaft [...] irgendwelche Feindseligkeiten ausüben, Feindschaften unterhalten oder sich gegenseitig Unannehmlichkeiten bereiten soll." Und er erinnert an das Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen von 1949: "Bei Beendigung der Feindseligkeiten bemühen sich die zuständigen Behörden, den Personen, die an dem bewaffneten Konflikt teilgenommen haben, eine möglichst umfassende Amnestie zu gewähren."

Brasilien und China haben am 23.05.2024 einen Sechs-Punkte-Vorschlag zu den Grundsätzen und Schritten zur Förderung von Friedensgesprächen zwischen Russland und der Ukraine vorgelegt und andere Nationen aufgefordert, diesen ebenfalls zu unterstützen. Sie rufen zunächst "alle relevanten Parteien auf, drei Prinzipien zur Deeskalation der Situation zu beachten, nämlich keine Ausweitung des Schlachtfelds, keine Eskalation der Kämpfe und keine Provokation durch irgendeine Partei." Es wird betont: dass "[Dialog und Verhandlungen die einzige tragfähige Lösung für die Ukraine-Krise](#) sind ...". "China und Brasilien unterstützen eine internationale

Friedenskonferenz zu einem angemessenen Zeitpunkt, der sowohl von Russland als auch von der Ukraine anerkannt wird, mit gleichberechtigter Teilnahme aller Parteien sowie einer fairen Diskussion aller Friedenspläne.“ Der Einsatz von nuklearen oder anderen Massenvernichtungswaffen müsse abgelehnt werden, und “es müssen alle möglichen Anstrengungen unternommen werden, um die Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und [eine] nukleare Krise zu vermeiden.“ Angriffe auf friedliche nukleare Einrichtungen, einschließlich Kraftwerke, dürfen nicht stattfinden. Humanitäre Hilfe und der Austausch von Kriegsgefangenen werden ebenfalls als notwendige Schritte zur Schaffung von Friedensbedingungen genannt. “Beide Seiten rufen dazu auf, die internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Währung, Finanzen, Handel, Lebensmittelsicherheit und Sicherheit kritischer Infrastrukturen, einschließlich Öl- und Gaspipelines, optischer Unterseekabel, Strom- und Energieanlagen und Glasfasernetze, zu verstärken, um die Stabilität der globalen Industrie- und Lieferketten zu schützen.“

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt ‘Neue Seidenstraße’ die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) 

● Pepe Escobar: **Russland, Iran und China suchen eine neue globale Sicherheitsordnung**

China ist derzeit recht aktiv. So gibt sein Außenminister zu Protokoll, dass sich der Iran zu Recht gegen Israel verteidigt hat. Und Peking hat die politischen Gruppierungen Palästinas zur Vereinheitlichung ihrer Positionen eingeladen. Zudem bringt China den staatlichen Terroranschlag auf die Nord-Stream-Gasleitungen im UN-Sicherheitsrat auf den Tisch. Präsident Xi wird in Belgrad an den 25. Jahrestag der Bombardierung der chinesischen Botschaft durch die NATO erinnern. Andererseits bietet Russland dem UNRWA – dem UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge – eine Plattform, um hohen Vertretern der BRICS-10 die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen durch den UNRWA-Generalkommissar erläutern zu lassen. Die Vorsitzenden der Sicherheitsräte Chinas und Russlands trafen sich St. Petersburg am Rande des 12. Internationalen Sicherheitsgipfels von über 100 Nationen. Auf dem Verteidigungsgipfel der Shanghai-Organisation (SOZ) in Astana betonten die Verteidigungsminister Chinas und Russlands ihre umfassende strategische Partnerschaft. Nachdem sich in der Vergangenheit Moskau und Teheran auf Gemeinsamkeiten geeinigt hatten, begann dieser Prozess in Astana zwischen Peking und Teheran. Insgesamt haben sich die Teilnehmer in Astana “zu gemeinsamen Ansätzen für den [Aufbau einer gerechten Weltordnung, die auf der Gleichheit aller Teilnehmer der internationalen Gemeinschaft beruht](#)“, verpflichtet. In der Frage des Gazastreifens sind die Positionen Russlands, Irans und Chinas völlig deckungsgleich: Israel begeht einen Völkermord. Auch die Projekte einer neuen globalen Sicherheitsordnung und der Entdollarisierung werden von der BRICS vorangetrieben, wobei die Abwicklung des Handels zwischen Russland und China ohne Dollar aufgrund der westlichen Konfiszierung russischer Vermögenswerte schon weiter vorangeschritten ist.

[Pepe Escobar](#), Jg. 1954, ist Kolumnist bei ‘The Cradle’, leitender Redakteur bei ‘Asia Times’ und unabhängiger geopolitischer Analyst mit Schwerpunkt Eurasien. Er berichtet seit 1985 als Auslandskorrespondent aus vielen Teilen der Welt und lebte in London, Paris, Mailand, Los Angeles, Washington, Bangkok und Hong Kong. (Red.)

[Inhalt](#) 

● Rückbesinnung auf Friedensgebot im Grundgesetz und bei Immanuel Kant

Die IPPNW fordert anlässlich des 75. Jahrestags des Grundgesetzes eine [Rückbesinnung auf das Friedensgebot des deutschen Grundgesetzes](#), das mit der Präambel und dem Artikel 1, Abs. 2 und weiteren Regelungen fest verankert ist. Die Politik der "Zeitenwende" und der Ruf nach "Kriegstüchtigkeit" stehen dazu im eklatanten Widerspruch. Kriege werden als Mittel der Politik wieder salonfähig oder gar als alternativlos dargestellt, während heroische Tugenden und mit ihnen problematische Männlichkeitskonstruktionen neu aufgelegt werden. Diese Militarisierung der Gesellschaft gefährdet den sozialen Zusammenhalt und fördert faschistische Tendenzen. [...] Statt die globalen Krisen durch kooperative Systeme und Multilateralismus anzugehen, droht die Kriesslogik unsere Wirtschaft, Politik und Kultur zu durchdringen. Das Denken in Freund-Feind-Schemata verschärft sich. Klare Feindbilder gefährden sowohl den innergesellschaftlichen Frieden, indem sie "Schuldige" für die sozialen Probleme ausmachen, als auch den äußeren Frieden, denn sie sollen dazu dienen, eine Gesellschaft "kriegstüchtig" zu machen. [...] Als Friedensorganisation erinnert die IPPNW daran, dass "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!" eine Einheit bilden. Denn Faschismus, Rassismus und Militarismus hängen historisch eng zusammen.

Der 8. Mai 1945 kennzeichnet die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht, das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa und die Befreiung vom Nationalsozialismus. Der [Brief "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus"](#) soll mitten im zunehmenden Kriegsgeschrei im Vorfeld dieses wichtigen Jahrestages über alle möglichen Kanäle in Umlauf gebracht werden. Er richtet sich nicht nur an die Bevölkerung in Russland. Wer diesen Brief unterzeichnen möchte, soll sich an die eMail-Anschrift christiane.reymann@t-online.de wenden.

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Amir Mortasawi](#) (alias Afsane Bahar) ist Facharzt für Herzchirurgie, arbeitet als fachgebundener Psychotherapeut und in der suchtmmedizinischen Grundversorgung; staatlich geprüfter Übersetzer (Persisch). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Samuel Misteli: Das Rätsel von Idjwi: Weshalb herrscht auf einer Insel im Kongo Frieden, während ringsherum Krieg tobt?

Auf einer Insel im Kivusee im Osten von Kongo-Kinshasa und benachbart zu Rwanda gibt es die Insel Idjwi, etwa so groß wie Malta, auf der die ca. 300'000 Menschen in Frieden leben – inmitten einer Umgebung, in der seit Jahrzehnten Krieg den Alltag bestimmt. Wie ist das möglich? "Wenn man sich auf Idjwi mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Insel über den Frieden unterhält, sprechen die meisten von ihnen irgendwann von der Liebe.... Es geht nicht nur um Nächstenliebe. Sondern um Handfestes," so der Journalist. Es wird offen über Sexualität gesprochen, die Älteren weisen die Jüngeren ein, besprechen die Erfahrungen und lernen daraus. Vor der Hochzeit werden die jungen Paare von Onkeln, Tanten etc. zum Gespräch gebeten, nach der Hochzeitsnacht wird mit den jungen Eheleuten getrennt gesprochen... ["So schaffen wir Frieden auf der Insel – Frieden in der Ehe und mit den Nachbarn"](#). Es überträgt sich auf die Kinder und setzt sich Generation um Generation fort. Weil alle zufrieden sind, leben sie in Frieden." So fasst eine 65jährige Dame, die sieben Kinder hat, ihre Erfahrung zusammen.

[Samuel Misteli](#), Jg. 1984, studierte Geschichte und Politikwissenschaft. Er war freier Mitarbeiter der 'Solothurner Zeitung' und dann Mitarbeiter eines Forschungsprojektes zur Geschichte der europäisch-afrikanischen Beziehungen. Seit 2018 ist er Mitglied der NZZ-Auslandsredaktion. (Red.)

[Inhalt](#) ↑